



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 21, No. 4/2006

**abgeschlossen am
2. Mai 2006**

| | <u>Seite</u> |
|---|--------------|
| 1. Fortgesetztes Tauziehen um Reform des Einwanderungsrechts | 1 |
| 2. Reform der Verhaltensrichtlinien für Mitglieder des Congress nimmt erste Hürden | 2 |
| 3. CRS warnt vor steigenden Kriegskosten im Irak | 4 |
| 4. Überparteiliche Kritik an Reform des Nachrichtendienstwesens | 6 |
| 5. Hausausschuss für Einschränkung der Hilfszahlungen an Palästinensische Autonomiebehörde | 7 |
| 6. Früherer <i>Majority Leader</i> Tom DeLay tritt von Mandat zurück | 7 |
| 7. Personalwechsel im Weißen Haus soll Verhältnis zu Congress verbessern | 9 |

1. Fortgesetztes Tauziehen um Reform des Einwanderungsrechts

Präsident George W. Bush hat Ende April 2006 in öffentlichen Auftritten den Congress mehrfach dazu gedrängt, eine Reform des Einwanderungsrechts entlang der im Senat ausgehandelten Kompromisslinie zu verabschieden (vgl. auch CR 3/2006, S. 2).

Unter republikanischer Federführung hatten die Parteiführungen im Senat in der ersten Aprilwoche ein Gesetzespaket geschnürt, das breite Zustimmung in beiden Fraktionen findet.

Im Kern zielt der Kompromiss darauf ab,

- eine Option zur Legalisierung von nicht behördlich genehmigten Arbeitsverhältnissen zu schaffen.

Danach soll es in den USA arbeitenden Ausländern ohne Aufenthaltsberechtigung nach zwei Jahren ermöglicht werden, nachträglich eine Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen.

Ausländer, die weniger als zwei Jahre in den USA gearbeitet haben, sollen diese Option *nach* der Rückkehr in ihr Heimatland erhalten und damit zugleich langfristig einen legalen Weg zur U.S.-Staatsbürgerschaft eröffnet bekommen.

Eine Debatte und Abstimmung über die Kompromissvorlage im Senat scheiterte allerdings daran, dass konservative Republikaner auf Abstimmungen über Änderungen des Gesetzesentwurfs im Plenum insistierten, welche die Einführung des Programms beispielsweise an die Feststellung der generellen Grenzsicherheit durch das *Department of Homeland Security* (DHS) binden wollen.

Die demokratische Opposition wies diese Forderungen grundsätzlich zurück und hielt der republikanischen Fraktion um Bill Frist (Tenn.) vor, den Kompromiss auf diesem Weg sabotieren zu wollen.

Frist wiederum forderte die Demokraten umgekehrt dazu auf, ihre Blockade aufzugeben und eine Reform des Einwanderungsrechts mitzutragen.

Ungeachtet des fortgesetzten Werbens des Präsidenten hat keine der beiden Seiten bisher ihre Bereitschaft zum Einlenken signalisiert.

Problematisch bleibt darüber hinaus, dass die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus zwar ihre Kompromissbereitschaft beteuert, aber gerade in der Frage der Legalisierungsoption auf ihrer harten, die Grenzsicherung in den Vordergrund rückenden Haltung beharrt.

Konservative Republikaner gehen davon aus, dass ihre harte Haltung eine unter Wählern weit verbreitete Stimmungslage reflektiert, die von wachsender Besorgnis über die

Sicherheit der Grenzen bis hin zu offenem Unmut über die hohe Zahl illegaler Arbeitsverhältnisse reicht.

Gegen die teilweise scharfe Kampagne zur Eindämmung der illegalen Arbeitsmigration haben in den letzten Wochen allerdings Minderheitenverbände mobilisiert und in einer Reihe von Großstädten Demonstrationen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern organisiert.

Meinungsumfragen deuten zudem darauf hin, dass die Bürger in den USA zwar Maßnahmen zur Erschwerung der illegalen Arbeitsmigration favorisieren, aber gleichzeitig auch Optionen zur Integration für zweckdienlich halten.

Entscheidend für den eventuellen Erfolg eines Gesetzeskompromisses scheint, ob der republikanische Dissens zwischen den Hardlinern und Pragmatikern in den Fraktionen wie zwischen Congress und Administration ausgeräumt werden kann. Während die einen die Frage als geeignetes Wahlkampfthema sehen, sehen die anderen eine Chance für einen dringend benötigten Gesetzgebungserfolg.

2. Reform der Verhaltensrichtlinien für Mitglieder des Congress nimmt erste Hürden

Senat und Repräsentantenhaus haben im März 2006 in der Debatte um die Reform der Verhaltensrichtlinien für Mitglieder des Congress eine erste wichtige Hürde genommen.

Bereits Anfang März 2006 hat der Senat nach intensiver Debatte mit breiter Mehrheit eine Gesetzesvorlage angenommen, die zahlreiche Verschärfungen der Ethikregeln im Umgang mit Lobbyisten vorsieht. Die Vorlage wurde mit 90 gegen nur 8 Stimmen angenommen.

Das Repräsentantenhaus hat Ende März demgegenüber in einer Kampfabstimmung eine Geschäftsordnungsresolution verabschiedet, die eine baldige Debatte und Abstimmung über einen Vorschlag der republikanischen Parteiführung vorsieht.

Nach einer Verlängerung des normalen Abstimmungszeitraums setzte die republikanische Führung unter *Speaker* J. Dennis Hastert (R-Ill.) ihre Resolution mit 216 gegen 207 Stimmen nur knapp durch. Neben der demokratischen Opposition stimmten auch ein Dutzend republikanische Abgeordnete gegen die Vorlage.

Die Senatsvorlage geht weit über die Vorschläge der Republikaner im Repräsentantenhaus hinaus und fordert unter anderem

- ein Verbot auch kleiner Geschenke, eine Vorabprüfung privat finanzierter Informationsreisen und eine Verlängerung der Sperrfrist für die Aufnahme von Lobbyaktivitä-

ten durch ausscheidende Mitglieder des Congress sowie zusätzliche Berichtsaufgaben für Lobbyisten.

Ungeachtet dieser Restriktionen stimmten die Senatoren John McCain (R-Ariz.) und Barack Obama (D-Ill.), die gemeinsam eine erste Vorlage eingebracht hatten, gegen den Entwurf.

Nach Ansicht der beiden Senatoren reichen die Änderungen nicht aus und sollten durch zusätzliche Verschärfungen wie ein grundsätzliches Verbot privat finanzierter Reisen, auch von gemeinnützigen Organisationen, ergänzt werden.

Demgegenüber konzentriert sich die Initiative der republikanischen Parteiführung im Repräsentantenhaus auf eine Verschärfung der Berichtspflichten für Lobbyisten und eine Erschwerung der verbreiteten Praxis, spezifische Geldzuweisungen für regionale und lokale Projekte (so genannte „earmarks“) in Haushaltsbewilligungsgesetze einzustellen.

Weitergehende Vorschläge, die auch *Speaker* Hastert unterstützt, wie ein Verbot oder die Einschränkung privat finanzierter Reisen, wurden angesichts des heftigen Widerstands in der Fraktion fallen gelassen.

Entsprechend wies die demokratische Opposition den Entwurf als bloße Kosmetik zurück und eine handvoll republikanischer Abgeordneter kritisierte offen, dass die Restriktionen nicht weit genug gehen.

Die konservativen Republikaner im Repräsentantenhaus gehen offensichtlich davon aus, dass das Thema der Korruption in den anstehenden November-Wahlen kaum eine Rolle spielen wird. Deshalb stemmen sie sich gegen eine „Überreaktion“ des Congress auf die aktuellen Korruptionsaffären (CR 1/2006, S. 3).

Meinungsumfragen wie die der *Washington Post/ABC News* von Ende April 2006 legen aber nahe, dass die Frage der ethischen Verhaltensrichtlinien und Einflussnahme von Interessengruppen unter Wählern hohe Aufmerksamkeit findet, auch wenn andere Themen wie die Besetzung des Irak und steigende Energiekosten noch stärker im Vordergrund stehen.

Die demokratische Opposition sieht hierin eine Bestätigung ihrer Strategie, in den Wahlkämpfen im Sommer ihre Kampagne gegen die republikanische „Kultur der Korruption“ fortzusetzen und auf deutlichere Restriktionen der ethischen Standards zu drängen.

Vor diesem Hintergrund ist noch offen, ob ein Kompromiss zwischen Repräsentantenhaus und Senat sowie zwischen Republikanern und Demokraten im laufenden Congress ausgehandelt werden kann.

3. CRS warnt vor steigenden Kriegskosten im Irak

Der *Congressional Research Service (CRS)*, der wissenschaftliche Dienst der amerikanischen Legislative, hat Ende April 2006 eine Studie zu den Kosten des Irak-Krieges vorgelegt, die ein düsteres Bild der Kostenentwicklung zeichnet.

Die Studie des CRS, die von *Defense Specialist* Amy Belasco verfasst wurde, steht im Zusammenhang mit dem von George W. Bush geforderten Ergänzungshaushalt für die laufenden Kosten der Militärintervention im Irak (und in Afghanistan), für die der Präsident vom Congress die Bewilligung von zusätzlichen Mitteln in Höhe von fast 68 Mrd. USD beantragt hat (vgl. CR 3/2006, S. 6).

Der CRS, der 1970 aus dem *Legislative Reference Service* hervorgegangen ist und mittlerweile über 700 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschäftigt, kommt in seinen Berechnungen zu dem Ergebnis, dass sich die jährlichen Kosten für die Intervention im Irak im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 2003 verdoppelt haben.

Während die USA 2003 für die Militärintervention im Irak die Summe von 51,0 Mrd. USD aufwenden mussten, belaufen sich die Kosten im Jahr 2006 auf 101,8 Mrd. USD. Insgesamt geht der CRS in seinen Berechnungen der Interventionskosten für das laufende Jahr von Ausgaben aus, die 7 Mrd. USD höher liegen als die bisher vorgelegten Kostenrechnungen.

In diesem Zusammenhang hält der *Congressional Research Service* vor allem die perspektivischen Belastungen für alarmierend. Während die USA bisher 320 Mrd. USD (einschließlich des von Präsident Bush verlangten Ergänzungshaushalts 2006) aufgewendet haben, rechnet der CRS mit weiteren Folgekosten des Irakkrieges von 371 Mrd. USD, selbst wenn die USA noch in diesem Jahr mit einem Truppenabzug beginnen würden.

Rechnet man die (Folge)Kosten des Krieges gegen die Taliban in Afghanistan noch hinzu, dann geht CRS in Anlehnung an das *Congressional Budget Office* von Gesamtbelastungen durch die Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan für den amerikanischen Bundeshaushalt von 811 Mrd. USD aus. Zum Vergleich: Für den Vietnam-Krieg gaben die USA inflationsbereinigt 549 Mrd. USD aus.

Insgesamt liegen die Kosten von 101,8 Mrd. USD beispielsweise deutlich über dem Etat für *Homeland Security*, wofür die USA im laufenden Haushaltsjahr 31,8 Mrd. USD aufwenden (Vgl. CR 10/2005, S. 7).

„Die Kosten“, so John Spratt, der führende Demokrat des *Budget Committee* im Repräsentantenhaus, „übersteigen sogar die *worst case*-Szenarien“.

Gleichwohl scheuen die Demokraten vor einer offensiv geführten öffentlichen Debatte über die Kosten des Irak-Krieges zurück. Sie fürchten wohl die politische Flanke, die

mit Blick auf die Novemberwahlen geöffnet werden könnte. Zu sehr könnte der Eindruck eines Dolchstoßes aus wahltaktischen Motiven entstehen.

Entsprechend reserviert verhalten sich die Demokraten im Congress auch gegenüber *Impeachment*-Rufen, wie sie in Kalifornien und Vermont bei liberalen Demokraten auf lokaler Ebene laut geworden sind. Die Demokratische Partei, lautet die Empfehlung auf nationaler Ebene, dürfe ihren „Fokus“ nicht verlieren. Der aber liege auf der Reform der Bundesregierung und der Haushaltssanierung, wie eine verbreitete Einschätzung lautet.

Obwohl die Zustimmung der amerikanischen Öffentlichkeit zur Amtsführung des Präsidenten Umfragen von Anfang April 2006 zufolge nur noch bei 38 Prozent liegt, scheuen die Demokraten auf Bundesebene offensichtlich die Nebenwirkungen einer polarisierenden Amtsenthebungskampagne gegen den Präsidenten.

Dies scheint sich mit den derzeitigen Einstellungsmustern der breiten Öffentlichkeit zu decken, wo offensichtlich nur 33 Prozent der Befragten ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Bush im Lichte seiner Politik im Vorfeld des Irak-Krieges favorisieren.

Demgegenüber ist der Druck auf Bushs Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld sehr stark gewachsen. Führende Generalstabsoffiziere, die aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, haben dem Verteidigungsminister öffentlich Inkompetenz in der Irakpolitik vorgeworfen und seinen sofortigen Rücktritt verlangt.

Sie halten Rumsfeld vor, den 11. September dazu benutzt zu haben, um „die Sicherheitspolitik (der USA) als Geisel zu nehmen“, wie sich General a. D. Gregory Newbold ausdrückte. General Charles H. Swannack, früherer Kommandeur der 82. Luftlandedivision, hielt dem Verteidigungsminister vor, seine Truppenkommandeure „feingesteuert“ zu haben. Die Folge seien schwere taktische Fehler gewesen, die wesentlich zur instabilen militärischen Situation im Irak beigetragen hätten.

Unter den jüngeren Offizieren regen sich mit Blick auf den Irak-Krieg freilich noch andere Stimmen. Sie beklagen einen „moralischen Bankrott von Generalstabsoffizieren“, die sich Rumsfelds Präventivstrategie im Irak nicht genügend entgegen gestellt hätten. Kaum drei Jahre nach dem offiziellen Ende des Irak-Krieges hat in den amerikanischen Streitkräften eine vehement geführte öffentliche Debatte über die Ziele und Mittel der militärischen Intervention eingesetzt.

Präsident Bush hat sich zwischenzeitlich demonstrativ hinter seinen Verteidigungsminister gestellt und ihm den Rücken gestärkt. Zu sehr befürchtet er im Vorfeld der Zwischenwahlen wohl, dass eine Entlassung Rumsfelds von der Öffentlichkeit als durchsichtiges Manöver bewertet werden könnte, um von seiner eigenen Verantwortung abzulenken.

4. Überparteiliche Kritik an Reform des Nachrichtendienstwesens

Im Repräsentantenhaus haben sich die Spitzen des Geheimdienstausschusses im April 2006 öffentlich zu Wort gemeldet und Kritik an der Umsetzung der Reform des Nachrichtendienstwesens angemeldet.

Vordergründig entzündete sich die Kritik an der Amtsführung des Director of National Intelligence (DNI), John Negroponte, dem der Vorsitzende Peter Heokstra (R-Mich.) und die führende Demokratin Jane Harman (D-Cal.) im Ausschuss vorwarfen, dass es ihm nicht gelungen ist, die Bürokratie im nachrichtendienstlichen Bereich abzubauen und diesen effektiver zu organisieren. Vielmehr konstatierten der Republikaner und die Demokratin, dass Negroponte dabei sei, eine weitere „Schicht“ unnötiger Bürokratie zu schaffen.

Hinter der unverblünten Kritik an der Arbeit Negropontes steht die Auseinandersetzung um eine grundlegende Reform des Nachrichtendienstwesens, dem jährlich Mittel in Höhe von etwa 50 Mrd. USD zufließen.

Der Congress hatte im Dezember 2004 im Rahmen des *Intelligence Reform and Terrorism Prevention Act* eine Reform des Nachrichtendienstwesens verabschiedet (vgl. CR 11-12/2004, S. 1). Durch Schaffung der Position eines *Director of National Intelligence* mit Befugnissen über das *gesamte* Nachrichtendienstwesen in den USA sollte eine effektivere Koordination zwischen den Diensten erreicht werden.

Auslöser waren jene gravierenden „operational failures“, welche die so genannte *9/11 Commission* bei ihrer Untersuchung der Ereignisse des 11. September mit Blick auf die Arbeit der Nachrichtendienste festgestellt hatte (vgl. CR 7-8/2004, S. 1).

In den USA gibt es eine Vielzahl von Nachrichtendiensten mit insgesamt über 200.000 Mitarbeitern, die haushaltstechnisch zu etwa 80 Prozent unter dem Dach des Verteidigungsministeriums angesiedelt sind. Dazu zählen die Dienste der Teilstreitkräfte ebenso wie die *National Security Agency*, die *Geospatial-Intelligence Agency* und das *National Reconnaissance Office*.

Deren Arbeit soll durch die neu geschaffene Position des DNI stärker koordiniert und kontrolliert werden, wozu auch ein *National Counterterrorism Center* (NCTC) eingerichtet wurde. Offensichtlich scheinen die Mitglieder des Geheimdienstausschusses von der Effektivität des NCTC nicht überzeugt.

Freilich kann die Kontrolle der Nachrichtendienste allen Reformwünschen zum Trotz nicht dem DNI obliegen, sondern vom Congress vorgenommen werden. Dort sind die Zuständigkeiten allerdings nach wie vor überlappend und verworren. So verfügen die Geheimdienstausschüsse eigentlich nur über geringe Möglichkeiten zur Kontrolle des Nachrichtendienstwesens. Die Haushaltsbewilligung wird an anderer Stelle vorgenommen, so dass gilt, was die 9/11 Commission bereits vor zwei Jahren festgestellt hat. Nur der Congress kann das Problem der strafferen Kontrolle und Effektivitätsstei-

gerung im US-Nachrichtenwesen in den Griff bekommen. Dem DNI Negroponte fehlen dazu allen Reformanstrengungen zum Trotz die Instrumente.

5. Hausausschuss für Einschränkung der Hilfszahlungen an Palästinensische Autonomiebehörde

Im Repräsentantenhaus hat sich das *International Relations Committee* am 6. April 2006 mit der großen Mehrheit von 36:2 Stimmen dafür ausgesprochen, die bilaterale Hilfe für die Palästinensische Autonomiebehörde zu verbieten,

- solange der amerikanische Präsident nicht offiziell festgestellt hat, dass die von der Hamas geführte neue Regierung das Existenzrecht Israels als eines „unabhängigen jüdischen Staates“ anerkennt.

Mit dem so genannten *Palestinian Anti-Terrorism Act of 2006 (House Resolution 4681)* soll der Druck auf die Hamas erhöht werden, die sich bisher geweigert hat, Israels Existenzrecht anzuerkennen und sich ohne Wenn und Aber vom Terrorismus zu distanzieren.

Im Senat ist eine ähnliche Gesetzesinitiative anhängig (S 2237), die ebenfalls die finanzielle Unterstützung für die Autonomiebehörde aussetzen will, solange die „terroristische Organisation Hamas“ Israel nicht anerkennt, der Gewaltanwendung abschwört, die Waffen niederlegt und frühere Vereinbarungen wie die *Roadmap* akzeptiert.

Die Bush-Administration hat öffentlich Bedenken gegen die Initiativen in beiden Kammern des Congress angemeldet, weil dadurch die präsidentielle Führung in der Außenpolitik der USA angetastet wird.

6. Früherer *Majority Leader* Tom DeLay tritt von Mandat zurück

Der frühere Fraktionsvorsitzende der Republikaner (*Majority Leader*) im Repräsentantenhaus, Tom DeLay (Tex.), hat Anfang April 2006 bekannt gegeben, dass er auf einen erneuten Antritt in den Novemberwahlen zum Congress verzichten und voraussichtlich schon im Mai oder Juni dieses Jahres von seinem Mandat zurück treten will.

Die Ankündigung des Rücktritts folgte dem klaren Sieg DeLays in den republikanischen Parteivorwahlen von Anfang März 2005. DeLay setzte sich in den Vorwahlen mit 62 Prozent der Stimmen mit deutlichem Vorsprung vor seinen drei Herausforderern durch.

Ungeachtet des hohen absoluten Vorsprungs vor seinen Konkurrenten hatten die Vorwahlen mit fast 40 Prozent Gegenstimmen angedeutet, dass DeLay in den Novemberwahlen durchaus verwundbar ist.

Seinem demokratischen Kontrahenten, dem früheren Abgeordneten Nick Lampson, wurden gute Chancen in dem Distrikt eingeräumt, der ironischer Weise in Folge des kontroversen und unter DeLays Federführung durchgesetzten Plans der Wahlkreisneueinteilung in Texas einen erhöhten Anteil demokratischer Parteianhänger erhalten hatte.

DeLay zieht mit seinem Rückzug einen politischen Schlussstrich unter die anhaltenden Auseinandersetzungen um das Amtsgebaren und den Führungsstil des konservativen *Hardliners*, der mit zu den Architekten des republikanischen Wahlsiegs von 1994 gezählt wird (vgl. CR 11/1994, S. 1).

Nach mehreren Rügen durch den Ethik-Ausschuss des Repräsentantenhauses wegen Verstößen gegen die Verhaltensrichtlinien für Abgeordnete (vgl. CR 9/2004, S.7) und einer Anklage vor einem texanischen Gericht wegen der Beteiligung an illegalen Wahlkampffinanzierungspraktiken (vgl. CR 10/2005, S. 1) hatte DeLay bereits sein Amt als *Majority Leader* aufgegeben (vgl. CR 1/2006, S. 4).

Der Rückzug in die zweite Reihe der Fraktion genügte freilich nicht, um die oppositionellen Demokraten zu besänftigen, für die DeLay zur Symbolfigur der „Arroganz der Macht“ der republikanischen Mehrheit geworden ist. Außerdem halten sie ihm vor wegen seiner Verwicklung in den Korruptionsskandal um den Lobbyisten Jack Abramoff (CR 4/2005, S. 9) zu einem Symbol für die „Kultur der Korruption“ im Congress geworden zu sein.

Der Abtritt des konservativen früheren *Majority Leader*, dessen strikte Fraktionsführung ihm den Beinamen „The Hammer“ eingetragen hatte, bedeutet allerdings kaum einen ideologischen Kurswechsel in der republikanischen Fraktion.

DeLays kürzlich gewählter Nachfolger als Fraktionsführer, John A. Boehner (Ohio), wird ebenfalls dem konservativen *Mainstream* der Partei zugerechnet (CR 2/2006, S. 4). Allerdings gilt Boehners Führungsstil als pragmatischer und in der Außendarstellung schien der Fraktion mit Blick auf die Wahlen im November 2006 eine neue, weniger umstrittene und unbelastetere Führungspersönlichkeit erforderlich.

DeLay muss sich auch nach seinem Abtritt vor dem texanischen Gericht wegen der fragwürdigen Umwegfinanzierung von Wahlkampfspenden durch Unternehmen verantworten. Der unbeugsame Abgeordnete beteuert unverändert seine Unschuld und will, nach einer Ausräumung der Vorwürfe, möglicherweise selbst als Lobbyist tätig werden.

7. Personalwechsel im Weißen Haus soll Verhältnis zum Congress verbessern

Präsident George W. Bush hat Mitte April 2006 mit der Demission seines langjährigen Stabschefs, White House Chief of Staff Andrew H. Card Jr., eine neue Runde personeller Erneuerung eingeläutet. Als Nachfolger Cards benannte Präsident Bush Joshua B. Bolton, den bisherigen Direktor des *Office of Management and Budget* (OMB).

Boltons Strategie für einen „frischen Start“, der dem zwischenzeitlich drastischen Ansehens- und Einflussverlust des Präsidenten begegnen soll, konzentriert sich auf eine verbesserte Steuerung der Wirtschaftspolitik und der Selbstdarstellung der Administration gegenüber der Öffentlichkeit sowie einen Neuanfang in den durch wiederholte Konflikte belasteten Beziehungen zu den republikanischen Fraktionen im Congress.

Als Nachfolger für die Leitung des OMB hat Bolton *U.S.-Trade Representative* Rob Portmann gewonnen, der bis vor kurzem selbst als Abgeordneter der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses angehörte.

Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Scott McClellan, dessen Glaubwürdigkeit vor allem nach einer Reihe von Fehlinformationen in der Affäre um die Enttarnung der CIA-Agentin Valerie Plame-Wilson (CR 11-12/2005, S. 10) angeschlagen war und der für die unzureichende Kooperation der Administration mit der Presse mit verantwortlich gemacht worden ist, wurde durch Tony Snow vom Fernsehsender Fox ersetzt.

Snow, ein konservativer Kommentator, gilt als Mann, der nicht nur die persönlichen Kontakte zu Journalisten pflegen kann, sondern der auf Grund seiner kritischen Äußerungen gegenüber der Bush-Administration auch einen gewissen Respekt genießt.

Noch offen ist allerdings die personelle Erneuerung im Büro für die Pflege der Beziehungen zum Congress unter der Leitung von Candida Wolff. Als mögliche Nachfolger oder Ergänzungen zum Team sind zwei frühere Mitglieder des Congress, Dan Coats (Ind.) und Bill Paxon (N.Y.), im Gespräch.

In einer seiner ersten Entscheidungen hat Bolton den umstrittenen Chef-Strategen Bushs, Karl Rove, von seinen innenpolitischen Planungsaufgaben entbunden. Rove soll sich offiziell voll auf die anstehenden Wahlkämpfe konzentrieren. Die Neuverteilung der Kompetenzen nimmt Rove, dessen Rolle in der Wilson-Affäre nach wie vor von Sonderstaatsanwalt Patrick J. Fitzgerald untersucht wird, auch innenpolitisch aus der Schusslinie.

Von Seiten der Republikaner wurde der seit einiger Zeit lautstark geforderte Personalwechsel nicht nur begrüßt, sondern auch das sichtliche Bemühen um eine Klimaverbesserung im Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative gelobt.

Fraglich ist allerdings, ob ein Personalwechsel ohne gleichzeitigen Politikwechsel den dramatischen Ansehensverlust des Präsidenten in der Öffentlichkeit, dessen Zustimmung nach der jüngsten *Gallup*-Umfrage auf 35 Prozent gefallen ist, stoppen oder so-

gar umkehren kann. Augenfällig ist in diesem Zusammenhang, dass die außen- und sicherheitspolitische Führung von der personellen Erneuerung bisher gänzlich ausgenommen bleibt.

Ohne die Rückgewinnung des Vertrauens der Öffentlichkeit ist aber auch eine nachhaltige Erholung der Beziehungen zu den republikanischen Fraktionen im Congress eher unwahrscheinlich.

Freilich sehen sich US-Präsidenten in ihrer zweiten Amtszeit traditionell mit einem deutlichen Einflussverlust gegenüber dem Congress wie gegenüber der eigenen Partei konfrontiert.

Für Bush sind darüber hinaus in Fragen wie der Reform des Einwanderungsrechts Konflikte mit dem konservativen *Mainstream* der Partei programmiert und die hohen Haushaltsdefizite lassen angesichts der bleibenden außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nur wenig Spielraum für eine alternative, gestalterische Politik (CR 1/2006, S. 10).



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report